

# Die Krise der Kapitalverwertung – eine Kritik an den Thesen von Glyn/Sutcliffe \*

David Yaffe

## I.

In einem Kapitel ihres Buches „British Capitalism, Workers and the Profit Squeeze“ (1) geben Andrew Glyn und Bob Sutcliffe der Hoffnung Ausdruck, daß ihr Buch einen Beitrag leisten möge zum politischen Kampf für den Sozialismus. Zu diesem Zweck haben sei eine beträchtliche Menge statistischen Materials bearbeitet und alles in allem eine Studie fertiggestellt, die auf ihrem Gebiet bisher einzigartig und wichtig ist. Vor aller notwendigen Kritik an diesem Buch muß eines deutlich gesagt werden: die Linke in Großbritannien schuldet den Verfassern Dank für den wahrscheinlich ersten wirklichen ernstzunehmenden Versuch einer empirischen Untersuchung über die Ursachen der gegenwärtigen Krise des britischen Kapitalismus. Sie behaupten, daß die gegenwärtige Krise in Großbritannien den Kampf der Arbeiter um die Erhaltung ihres Lebensniveaus gleichzeitig verwandle in den Kampf um eine revolutionäre politische Strategie innerhalb der Arbeiterbewegung. Angesichts der jüngsten Rückschläge für die militanten Teile der Arbeiterbewegung, wie man sie beim Zusammenbruch des Widerstands gegen die Phase 2 der den Lebensstandard der Arbeiter drückenden Lohn-Preis-Stop-Politik von Premierminister Heath beobachten konnte, und angesichts der weiteren Tatsache, daß die britische Wirtschaft im Augenblick eine der größten Wachstumsraten seit dem Krieg erlebt, ist der Augenblick gekommen, die zentralen Thesen des Buches von Glyn/Sutcliffe kritisch unter die Lupe zu nehmen.

Der wissenschaftliche Sozialismus unterscheidet sich von anderen „Sozialismen“ vor allem dadurch, daß für ihn die historische „Notwendigkeit“ der neuen Gesellschaft (des Sozialismus) erscheint in der widersprüchlichen Entwicklung der alten (des Kapitalismus). Hier allein liegt die materielle Basis für den revolutionären Standpunkt. Anders ausgedrückt: Wenn die kapitalistische Produktionsweise – ob mit oder ohne Hilfe des Staates – ständiges Wachstum und Vollbeschäftigung sicherstellen könnte, wäre damit der objektiven Grundlage einer revolutionär-sozialistischen Position der Boden entzogen. Damit würde sich der Reformismus als vernünftige Perspektive ergeben.

Der Aufschwung und das bemerkenswerte Wachstumstempo des Kapitalismus seit dem 2. Weltkrieg hat den Gegnern der marxistischen Auffassung offensichtlich

\* David Yaffe, *The Crisis of Profitability: a Critique of the Glyn-Sutcliffe-Thesis*, aus: *New Left Review* No. 80 (1973), S. 45 ff.

1 Penguin Books, Harmondsworth 1972

2 ebda., S. 215

Wasser auf ihre Mühlen gegossen. Die Aussicht eines kapitalistischen Systems, das in stetiger Aufwärtsentwicklung ohne schwerwiegende Störungen funktioniert, erschien als reale Möglichkeit. Gesellschaftliche und ökonomische Stabilität sollte durch staatliche Lenkung bewahrt werden, und mit Hilfe geeigneter Wohlfahrtspolitik der Regierung könnten die letzten Nischen der Armut und Verzweiflung langsam aber sicher wegreformiert werden. In den letzten Jahren jedoch ist diese Aussicht wiederholt erheblich erschüttert worden. Die Verschärfung der internationalen Konkurrenz, die Währungs- und Inflationskrise, chronische Inflationsraten in einer Höhe wie während des Korea-Kriegs, die tendenzielle Zunahme der Arbeitslosigkeit bei gleichzeitiger Profitabilitäts-Krise – all dies zeigt an, daß der Nachkriegsboom sich rapide seinem Ende nähert. Bleibt die Frage: Wie steht es mit den jüngsten, durch die Inflation angeheizten Booms in den meisten kapitalistischen Ländern? Welche Perspektive bietet es an für eine revolutionäre Strategie in der kommenden oder war sie einmal mehr der Ausdruck der instabilen, krisengebeutelten Natur des Kapitalismus, d. h. des Kapitalismus als eines verfallenden Systems, das seine historische Sendung schon bereits einige Zeit überlebt hat? Welche Perspektiven hält die marxistische Analyse des „Spätkapitalismus“ für die revolutionäre Bewegung der kommenden Perioden bereit? Dies sind die Fragen, um die es geht. Es sind kritische Fragen.

Vor diesem Hintergrund muß das Buch von Glyn/Sutcliffe beurteilt werden. Bekämpft es in irgendeiner Weise angemessen die Perspektive des Reformismus? Vermittelt es wirklich den Gewerkschaftsführern die Einsicht in den Widerspruch zwischen den Forderungen der Arbeiter und der Unfähigkeit des Systems, sie zu erfüllen? (3)

Welche Perspektive bietet es an für eine revolutionäre Strategie in der kommenden Periode?

Unglücklicherweise ist überall dort, wo Glyn/Sutcliffe eine erkennbare, konsistente Position beziehen, ihre zentrale These durchaus vereinbar mit reformistischen Auffassungen. Sie unternehmen in ihrer Darstellung nichts, um die ideologische Offensive der Wortführer des Kapitals die an der Tatsache der Inflation einen so dankbaren Gegenstand vorfinden, zu bekämpfen. Im Gegenteil: sie schenken offenbar dem Märchen Glauben, daß hohe Löhne die primäre Ursache der Inflation seien. Daß sie andererseits die verstärkten Bemühungen der Gewerkschaften um höhere Löhne unterstützen (4), macht diesen Fehler keineswegs weniger schlimm. Radikaler Reformismus bleibt trotz allem eben Reformismus.

So, wie Glyns und Sutcliffes Position die eine – nämlich die radikale – Seite der Medaille ausmacht, so die Forderung nach Lohnbeschränkung die andere Seite derselben reformistischen Medaille. Links haben wir Glyn und Sutcliffe:

„... aber wenn der Kampf um höhere Löhne die Existenz des kapitalistischen Systems bedroht . . . , dann ist es an der Zeit für die Arbeiter, nicht ihre Lohnforderungen zu mäßigen, sondern das System, das sie ausbeutet, zu zerstören“ (5).

3 ebda., S. 214

4 ebda., S. 201

5 ebda.

Dem entgegen auf der anderen Seite, mit genau der gleichen wissenschaftlichen Berechtigung, aber verschieden eingenommener Position, die Stimme der rechten Sozialdemokratie – hier mit den Worten von Wilfred Beckerman im NEW STATESMAN:

„ . . . so, wie die inflationäre Drohung jetzt größer (als je zuvor) ist, so ist auch niemals zuvor die Notwendigkeit einer (Lohn-) Beschränkung so lebenswichtig wie heute gewesen“ (6).

Beide Positionen stehen auf demselben Boden, divergieren bloß in ihrer subjektiven Einstellung gegenüber dem kapitalistischen System. Keine der beiden Positionen ist in der Lage, die andere wissenschaftlich zu kritisieren, – ihre jeweiligen Inhalte sind voneinander verschieden aufgrund von reiner Dezision.

Glyn und Sutcliffe unterschätzen die Stärke des Reformismus. Ihre Ermahnung, daß die Arbeiter „nicht auf das Argument, angesichts des nationalen Interesses ihre Lohnforderungen einzuschränken, hereinfallen dürfen“ (7), ist ein bißchen zu simpel. Die Führung des TUC, (die britische Dachorganisation der Gewerkschaften, d. Übers.) glaubt, daß das „nationale Interesse“ durch eine Regierungspolitik, die „hohe Wachstumsraten – hohe Löhne“ sicherstellt, befriedigt werden könne. Dies ist auch der Grund dafür, daß sie sich einmal mehr in Gespräche mit der Konservativen Regierung einläßt. Bisher hat die nationale Gewerkschaftsführung niemals sich unmittelbar gegen die simple Gleichstellung gewandt: „erhöhte Löhne führen notwendig zu erhöhten Preisen“. Alles, was die TUC-Führer wollen, ist eine „fairere“ Politik, die sie – wie auch die meisten Gewerkschaftler – grundsätzlich für möglich halten als Folge jeweils veränderter Regierungspolitik bzw. im Falle einer Tory-Regierung als Folge eines Regierungswechsels.

Es sind haargenau derartige Auffassungen, – Beckermann ist dafür nur ein extremes Beispiel, – gegen die eine marxistische Analyse der Inflation sich kritisch zu wenden hätte. Eine solche Analyse müßte aufzeigen, daß die Arbeiterklasse in keiner Weise verantwortlich für die Inflation ist. Sie sollte ferner darauf hinweisen und entwickeln, daß Preiserhöhungen keineswegs sich den Anstrengungen der Arbeiter, ihre Löhne zu erhöhen, verdanken, sondern vielmehr ein Resultat der Intervention des kapitalistischen Staates sind, die darauf gerichtet ist, ein System aufrechtzuerhalten, das historisch längst überlebt ist. Im folgenden wird zu zeigen versucht werden, daß die theoretische Mangelhaftigkeit von Glyns und Sutcliffes Position direkt herrührt aus ihrer Unfähigkeit, die marxistische politische Ökonomie zu verstehen. Weiterhin werden wir die These illustrieren, daß die „Tatsachen“ der gegenwärtigen Periode der marxistischen Auffassung völlig Recht geben. Schließlich werden wir kurz die Komponenten einer revolutionären Strategie skizzieren, die sich für die Arbeiterklasse aus einer solchen Analyse ergibt.

6 Wilfred Beckerman: Inflation and the Class Struggle, in: NEW STATESMAN, 8. Dezember 1972 S. 858

7 Glyn/Sutcliffe, a. a. O., S. 201

## II. Die Profitabilitäts-Krise und die fallende Profitrate

Nach Glyn und Sutcliffe kam es zur Krise, weil die ständig wachsenden Forderungen der Arbeiterklasse nach immer größerer Erhöhung ihres Lebensstandards zusammentrafen mit der sich verschärfenden Konkurrenz zwischen den kapitalistischen Ländern (8). Lohnerhöhungen konnten nicht mehr so einfach durch Preiserhöhungen ausgeglichen werden, wenn die englischen Firmen auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig bleiben wollten. Während wir einerseits in der Einschätzung der Bedeutung und der Wirkung des sich verschärfenden internationalen Konkurrenzkampfs Glyn und Sutcliffe voll zustimmen, können wir dagegen die erste Hälfte ihres Erklärungszusammenhangs nicht akzeptieren. Ein großer Teil des Materials, das die Autoren in ihrem Buch verarbeiten, widerspricht selbst unmittelbar ihrer Auffassung. Wir meinen hier das Material, das die Autoren über einen zentralen Faktor gesammelt haben, den sie zwar oft bei der Erörterung von statistischen Daten erwähnen, der aber *theoretisch* in ihrer Analyse keine zentrale Rolle spielt: nämlich die Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit. Diese Produktivkraft der Arbeit hat sich nämlich verdoppelt

- in Japan alle 10 Jahre
- in den meisten EG-Ländern alle 15 Jahre,
- in Großbritannien und den USA alle 30 Jahre.

Dies ist ein Faktor von enormer Wichtigkeit, den die Autoren aber in ihrer Analyse nirgends unterbringen können (9).

Völlig im Unklaren über die inneren Zusammenhänge, behaupten sie an einer Stelle:

„Die Profitabilität ist mit der Expansion des Outputs verbunden durch ihre Wirkung auf die Akkumulationsrate des Kapitals (Investitionen), die wiederum umgekehrt eine wichtige Rolle spielt bei der Festsetzung der Rate des Produktivitätsanstiegs“ (10).

An anderer Stelle sagen sie, daß die Stagnation relativ wenig zu tun gehabt habe mit dem Abfall der Produktivität (11). Wenn Glyn/Sutcliffe kohärent argumentieren würden, könnte ihr Argumentationsgang folgendermaßen aussehen:

Der Abfall der Produktivität ist – bei gegebener Verschärfung der internationalen Konkurrenz – in erster Linie zurückzuführen auf ständig wachsende Lohnforderungen. Dies wiederum verringert die Investitionen und verlangsamt dadurch das Wachstum der Produktivität, wodurch sich die Situation noch mehr verschlechtert. Während für Marx „die Größe der Akkumulation . . . die unabhängige Variable, die Lohngröße die abhängige“ (12) ist, steht es damit bei Glyn und Sutcliffe genau umgekehrt. Die abnehmende Profitabilität und die fallende Profitrate sind dem

8 ebda., S. 10

9 vgl. ebda., S. 98

10 ebda., S. 98

11 ebda., S. 65

12 Karl Marx: Das Kapital, Bd. 1, MEW 23, S. 648

Anstieg der Löhne geschuldet. Und die Antriebskraft für diese Lohnforderungen sind die Erwartungen der Arbeiter, die in der Periode der wirtschaftlichen Expansion den ständigen Anstieg ihres Lebensstandards als Selbstverständlichkeit erfahren haben, die nun aber – etwa seit dem Ende der sechziger Jahre – diese Selbstverständlichkeit angesichts des drastisch verlangsamten Tempos im Wachstum ihres Lebensstandards dahinschwinden sehen. Die Situation verschärfend, kommt hinzu das Bewußtsein der Arbeiterklasse von ihrem gewachsenen Gewicht, das sie beim Feilschen um den großen Kuchen des Nationaleinkommens in die Waagschale werfen können, was nicht unerheblich zum jüngsten Anstieg der Militanz unter den Arbeitern beigetragen hat (13). So etwa läßt sich Glyn und Sutcliffes Argumentation zusammenfassen. Die Politische Ökonomie ist durch Sozialpsychologie ersetzt, der Marxismus durch eine Version des Ricardianismus.

Während wir einerseits die Faktoren, die Glyn/Sutcliffe betonen, keineswegs ignorieren dürfen, sind sie doch andererseits in keiner Weise primäre Determinanten der Profitabilitäts-Krise. Marx drückt dies in bemerkenswerter Klarheit folgendermaßen aus:

„Das Steigen und Fallen der Profitrate – soweit es bedingt durch Steigen oder Fallen des Arbeitslohns infolge des Verhältnisses von Nachfrage und Zufuhr . . . , hat mit dem allgemeinen Gesetz des Steigens oder Fallens der Profitrate so wenig zu tun als das Steigen oder Fallen der Marktpreise der Waren überhaupt mit ihrer Bestimmung des Werts“ (14).

Daß die Position von Glyn und Sutcliffe mit ihrer falschen Interpretation der marxistischen politischen Ökonomie ziemlich übereinstimmt, kann man in dem ihrem Buch zugefügten Anhang B nachlesen, der überschrieben ist „Marx' Ansicht über Ausbeutung und Kapitalistische Krisen“, und wo sie folgendes Resümee ziehen:

„Der dramatische Fall der Profitrate in Großbritannien scheint nicht – zumindest nicht in bedeutendem Ausmaß – durch die wachsende organische Zusammensetzung des Kapitals verursacht worden zu sein, sondern eher durch das Anwachsen des Lohnanteils am Gesamtprodukt (das etwa proportional dem Fall der Exploitationsrate entspricht). Diese Möglichkeit ist logisch nach der Marxschen Analyse durchaus zulässig“ (15).

Unglücklicherweise ist das nicht der Fall. Es lohnt sich, in diesem Zusammenhang ein längeres Zitat von Marx anzuführen, in dem das allgemeine Gesetz ausgesprochen wird:

„Diese (die kapitalistische Produktion, d. Übers.) erzeugt mit der fortschreitenden relativen Abnahme des variablen Kapitals gegen das konstante eine steigend höher organische Zusammensetzung des Kapitals, deren unmittelbare Folge ist, daß die Rate des Mehrwerts bei gleichbleibendem und selbst bei steigendem Exploitationsgrad der Arbeit sich in einer beständig sinkenden allgemeinen Profitrate ausdrückt. (. . .) Die progressive Tendenz der allgemeinen Profitrate zum Sinken ist also nur *ein der kapitalistischen Produktionsweise eigentümlicher Ausdruck* für

13 Glyn/Sutcliffe, a. a. O., S. 180 und S. 209–210

14 Karl Marx: Theorien über den Mehrwert, Teil 3, MEW 26. 3, S. 306

15 Glyn/Sutcliffe, a. a. O., S. 231

(Exploitationsrate entspricht natürlich in dem hier von Glyn und Sutcliffe gemeinten Sinn der Mehrwertrate. Anm. d. Übers.)

die fortschreitende Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkraft der Arbeit. Es ist damit nicht gesagt, daß die Profitrate nicht auch aus anderen Gründen vorübergehend fallen kann, aber es ist damit aus dem Wesen der kapitalistischen Produktionsweise bewiesen, daß in ihrem Fortschritt die allgemeine Durchschnittsrate des Mehrwerts sich in einer fallenden allgemeinen Profitrate ausdrücken muß“ (16).

Genau diese unverzichtbare Grundeinsicht der Marxschen Akkumulationstheorie haben Glyn und Sutcliffe aufgegeben (17). Dabei landen sie wieder bei einem Rekurs auf ricardianische Kategorien, die in letzter Zeit wieder gehörig in Mode gekommen sind. Danach geht es als zentrale Hauptfrage darum, auf welche (quantitative, d. Übers.) Weile das Gesamteinkommen der Produktion zwischen Arbeitern und Kapitalisten verteilt wird.

Auch dazu hatte Marx etwas Passendes zu sagen:

„Die Darstellung von Mehrwert und Wert der Arbeitskraft als Bruchteilen des Wertprodukts – eine Darstellungsweise, die übrigens aus der kapitalistischen Produktionsweise selbst erwächst und deren Bedeutung sich später erschließen wird – versteckt den spezifischen Charakter des Kapitalverhältnisses, nämlich den Austausch des variablen Kapitals mit der lebendigen Arbeitskraft und den entsprechenden Ausschluß des Arbeiters vom Produkt“ (18).

Sie versteckt auch den Kern des inneren Bewegungsgesetzes der kapitalistischen Produktion. Denn es ist keineswegs der Kampf um das jeweils größere Stück am Gesamtkuchen des Nettoprodukts der Gesellschaft, was die Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise ausmacht, wie die Ricardianer annehmen. Vielmehr ist dies der ständige Zwang für das Kapital, mit dem Anstieg der Investitionen den Ausbeutungsgrad der Arbeitskraft zu erhöhen, um dadurch den durch die erhöhte organische Zusammensetzung des Kapitals bewirkten tendenziellen Fall der Profitrate zu kompensieren.

„Im Fortschritt des Produktions- und Akkumulationsprozesses *muß* also die Masse der anrechnungsfähigen und angeeigneten Mehrarbeit und daher die absolute Masse des vom Gesell-

- 16 *Karl Marx*: Das Kapital, Bd. 3, MEW 25, S. 223  
vgl. dazu auch *David Yaffe*: The Marxian Theory of Crisis, Capital and the State, in: Bulletin of the Conference of Socialist Economists (CSE), Winter 1972, S. 5–58, bes. 15–32 Der Aufsatz ist ebenfalls abgedruckt in: Economy and Society, Vol. 2, Nr. 2, Mai 1973, S. 186–232
- 17 So hat *Andrew Glyn* einen Aufsatz geschrieben, in dem er anhand eines ‚Getreide-Modells nachzuweisen versucht, daß mit dem Anstieg der Produktivkraft der Arbeit nicht notwendig auch die organische Zusammensetzung des Kapitals wachsen muß.  
*Siehe Bulletin of the CSE*, a. a. O., S. 93–104  
Vgl. auch die Kritik an diesem Modell von *Robin Murray*, in: Bulletin of the CSE, Frühjahr 1973, S. 53–55
- 18 *Karl Marx*: Das Kapital, Bd. 1, MEW 23, S. 555  
Wenn Glyn/Sutcliffe auch nicht aus ihrem methodischen Ansatz den „falschen Schein eines Assoziationsverhältnisses“ (vgl. dazu im KAPITAL den Satz, der dem von Yaffe zitierten unmittelbar folgt. Anm. d. Übers.) deduzieren, so verdunkeln sie nichtsdeweniger dadurch, daß sie die zentrale Frage in der unterschiedlichen Verteilung des Einkommens zwischen Kapital und Arbeit sehen, den Kern der Sache, um die es geht.  
Vgl. *Glyn/Sutcliffe*, a. a. O., S. 54 und 57

schaftskapital angeeigneten Profits wachsen. Aber dieselben Gesetze der Produktion und Akkumulation steigern, mit der Masse, den Wert des konstanten Kapitals in zunehmender Progression rascher als den variablen, gegen lebendige Arbeit umgesetzten Kapitalteils. Dieselben Gesetze produzieren also für das Gesellschaftskapital eine wachsende absolute Profitmasse und eine fallende Profitrate“ (19).

In diesem Prozeß liegt auch die Erklärung für die Verschärfung des internationalen Konkurrenzkampfs. Nicht jedermanns Profite erleiden Einbuße durch die Konkurrenz (ein Funken Wahrheit liegt ja in der Theorie des alten Adam Smith!), aber es sind allein die großen, fertig eingerichteten Kapitalien, die den Fall ihrer Profitrate durch einen Anstieg in der Profitmasse kompensieren können (20). Und es ist die für die fallende Profitrate, die den sich ständig verschärfenden internationalen Konkurrenzkampf unter den multinationalen Konzernen und ihren Kampf um die Aufteilung der Märkte und um Investitionsmöglichkeiten im Ausland erklärt. Dies ist die Wirkungsweise der Akkumulation des Kapitals im Weltmaßstab. Glyn und Sutcliffe gelingt es nirgends, diese Wirkungsweise zu erklären (21).

Was die Profitabilität betrifft, so ist der entscheidende Faktor die Zunahme der Produktivkraft der Arbeit, d. h. die ständige Erhöhung der Exploitationsrate. Vorausgesetzt, die Investitionen nehmen ständig zu, dann können sowohl die Profite als auch die Löhne absolut steigen. Schließlich war es ja gerade das „Neue“ an der sogenannten „wissenschaftlichen Betriebsführung“ (scientific management), daß sie behauptete, „höhe Löhne und niedrige Arbeitskosten sind nicht nur vereinbar miteinander, sondern bedingen sich wechselseitig in der großen Mehrzahl der Fälle“ (22). Dies ist auch der Grund, wieso in den sechziger Jahren die Firmen mit gewaltigen Anreizen die Einführung von Produktivitätsabkommen schmackhaft machen wollten.

Die Ansicht, daß in den sechziger Jahren sich die Exploitationsrate *verringert* habe, gründet auf einer ähnlich falschen theoretischen Analyse. Unter der Exploitationsrate ist zu verstehen das Verhältnis des Gesamtmehrwerts sämtlicher produktiver Arbeiter zu der ihnen gezahlten Gesamtlohnsumme, d. h. der Gesamtsumme des variablen Kapitals. Angesichts der ungeheuren Zunahme der Lohnabhängigen im öffentlichen Sektor und in der Sphäre der Zirkulation (Finanz und Handel) kann

- 19 *Karl Marx*: Das Kapital, Bd. 3, a. a. O., S. 229  
(In Yaffes Originalaufsatz in der NLR ist der mittlere Satz dieses dreisätzigen Zitates durch Auslassungspunkte ersetzt. Da wir der Meinung sind, daß er zum Argument durchaus dazugehört, nehmen wir uns die Freiheit, ihn einzufügen. Anm. d. Übers.)
- 20 Ebd. S. 266
- 21 Man kann es nur als ein ziemlich starkes Stück bezeichnen, daß ausgerechnet Wilfred Beckerman, den man nun wirklich nicht als Experten auf dem Gebiet der marxistischen politischen Ökonomie bezeichnen kann, den Autoren in den Fragen der Konkurrenz und der Profitrate ungestraft das ABC des Marxismus vorhalten kann. Es zeigt nur noch einmal die Schwächen, die sich durch das Buch durchziehen.  
*Vgl. NEW STATESMAN*, 5. 1. 73, S. 16 Glyn's Antwort auf Beckerman (*NEW STATESMAN*, 12. 1. 73, S. 51) beweist, daß er den Springpunkt immer noch nicht begriffen hat.
- 22 *F. W. Taylor*: Shop Management, 1903, S. 21–22, *zitiert nach*: *Alfred Sohn-Rethel*: Die ökonomische Doppelnatur des Spätkapitalismus, Darmstadt und Neuwied 1972, S. 24–25

nur eine ständig kleiner werdende Portion der Lohnabhängigen als produktive Arbeiter im Marxschen Sinne bezeichnet werden (23). Genau diese Tatsache aber haben Glyn und Sutcliffe bei der Interpretation ihrer statistischen Daten vollständig ignoriert. Dies ist umso unverzeihlicher, wenn wir uns die Tatsache vor Augen halten, daß z. B. in Großbritannien die Hälfte sämtlicher Lohnabhängigen im Staatsdienst, in den nationalisierten Industrien und in den staatlichen Dienstleistungsbetrieben beschäftigt sind. (Da ja auch die Steuern, die von den produktiven Arbeitern gezahlt werden, als Teil des von ihnen produzierten Mehrwerts zu betrachten sind, kann als variables Kapital allein der Netto-Reallohn der produktiven Arbeiter gelten.) Wenn wir die Rechnung mit diesem Posten aufmachen, dann erhalten wir eine ungefähre Andeutung von dem enormen Anstieg der Exploitationsrate seit Ende des Zweiten Weltkriegs (24).

### III. Staatsausgaben, Inflation und Profitabilitätskrise

Das Wachsen der Staatsausgaben muß bei einer Erklärung der Inflation als einer der Schlüsselfaktoren berücksichtigt werden. Zwar schreiben Glyn und Sutcliffe in ihrer Analyse dem Anwachsen der Regierungsausgaben eine gewisse Bedeutung zu. So weisen sie z. B. darauf hin:

„In dem Maße, wie es schwieriger wurde, ein hohes Niveau an privaten Investitionen aufrechtzuerhalten, wuchs die Notwendigkeit, durch erhöhte Staatsausgaben das Nachfrage- und Beschäftigungsniveau im gewohnten Maßstab zu erhalten; dadurch wurde das Problem der Profitabilität aber nicht gelöst“ (25).

Bei ihrer Behandlung des Zeitraums bis zum Jahr 1917 gehen sie sogar so weit, die schleichende Inflation in Großbritannien auf die Erhöhung der Staatsausgaben zurückzuführen (26). Doch nirgendwo wird dieser Ansatz von ihnen weiter verfolgt. Was sie gerade nicht entwickeln können, das ist, „wie sämtliche Methoden staatlicher Intervention im Rahmen des Kapitalismus ihre Widersprüche enthalten“ (27).

Indem sie argumentieren, der Staat könne die Tendenz der sinkenden Profitabilität nur abfangen, wenn es ihm gelinge, deren Ursachen – nämlich Lohnerhöhungen und internationalen Konkurrenzkampf – zu neutralisieren, verwechseln sie „Ursache“ und „Wirkung“ (28). Es ist gerade die Profitabilitätskrise, die eine Erhöhung der Staatsausgaben nötig macht. Die Widersprüche der Staatseingriffe im Kapitalis-

23 Vgl. dazu meinen o. g. Artikel im Bulletin of the CSE, insbesondere S. 11–14

Vgl. ebenfalls den Aufsatz von *Jan Gough*: Productive and unproductive Labour in Marx, in: *New Left Review*, No. 76, Nov.–Dez. 1972

24 Was die praktische Durchführbarkeit dieser Rechnung betrifft, so verweise ich noch einmal auf meinen Artikel (a. a. O., S. 14). Darin bemerke ich, daß ich die praktischen Schwierigkeiten einer genauen begrifflichen Trennung zwischen Produktiven und unproduktiven Arbeitern für so gut wie unüberwindlich halte.

25 Glyn und Sutcliffe, a. a. O., S. 73 und S. 100–101

26 ebda., S. 22

27 Glyn und Sutcliffe, a. a. O., S. 49

28 ebda., S. 176 ff.



mus müssen an der Quelle – nämlich der Produktion des Mehrwerts aufgesucht werden, nicht bei der Verteilung des Nationaleinkommens. Danach sähe eine Erklärung der gegenwärtigen Krise des britischen Kapitalismus etwa so aus, wie wir sie im folgenden zu geben versuchen.

Bei der Aufrechterhaltung der sozialen und politischen Stabilität haben in den kapitalistischen Ländern seit Ende des Zweiten Weltkriegs die Staatsausgaben eine bedeutende Rolle gespielt. Staatliche Eingriffe erwiesen sich als unerlässlich zur Reorganisation und Expansion der kapitalistischen Produktion nach dem Krieg. Dieser Prozeß konnte vom privaten Kapital allein nicht getragen werden; sowohl die Verstaatlichung von Schlüsselindustrien, staatliche Vergünstigungen für private Investoren, Finanzierung von Rüstungs- und Weltraumprogrammen, als auch die staatliche Aufwendung für Wohlfahrt, Ausbildung, Erziehung und Sozialrenten sind charakteristische Grundzüge des Nachkriegsbooms und der nachfolgenden Stabilität. Die Frage nach Wesen und Grenzen dieser Staatsausgaben ist also für die marxistische Theorie fundamental wichtig.

Der Springpunkt für die Analyse der Staatsausgaben besteht darin, daß sie entweder aus Steuergeldern bestritten oder mithilfe staatlicher Defizitfinanzierung und Regierungsanleihen aufgebracht werden. Die zweite Art der Finanzierung trägt in enormen Ausmaßen zur Verstärkung des inflationären Druckes bei, weil die Menge des umlaufenden Geldes erhöht werden muß. Da auch die Regierung auf ihre Schulden Zinsen zu zahlen hat, sind Staatsausgaben, die auf eine solche Weise finanziert werden, quasi Wechsel auf „zukünftige“ Steuern und von daher auf zukünftige Profite. In beiden Fällen aber zwackt sich der Staat gegenwärtig oder „zukünftig“ erzeugten Mehrwert aus den Händen des privaten Kapitals ab – eben in Form von Steuern oder Anleihen –, um seine Ausgaben zu finanzieren. Das bedeutet, daß der Teil des Mehrwerts, der dem privaten Kapital zur Reinvestierung und damit für seine Akkumulation zur Verfügung steht, kleiner wird. Denn staatlich induzierte Produktion ist „unproduktiv“ vom Standpunkt der kapitalistischen Produktionsweise als ganzer. Obwohl durch Ausgaben der öffentlichen Hand Mehrwert realisiert wird, fungieren doch im allgemeinen die vom Staat gekauften Produkte nicht als Kapital, und produzieren von daher vom Standpunkt der Gesellschaft oder des gesellschaftlichen Gesamtkapitals aus auch keinen zusätzlichen Mehrwert oder Profit. Die Fertigprodukte, die der Staat kauft, werden bezahlt aus bereits produziertem Mehrwert. Zwar erzielt der individuelle Kapitalist, der für den Staat produziert, selbstverständlich den gewöhnlichen Durchschnittsprofit, und seine ausgebeuteten Arbeiter produzieren den entsprechenden Mehrwert. Aber vom Standpunkt der Gesellschaft, vom gesellschaftlichen Gesamtkapital aus, bedeuten „unproduktive“ Staatsausgaben einen Abfluß von Kapital. So stammt denn auch der Profit, den der individuelle Kapitalist aus seiner Produktion für den Staat zieht, allein aus einer nachträglichen Umverteilung von bereits produziertem Mehrwert. Die produzierte Profitmasse wird auf verbreiteter Basis verstreut, woraus folgt, daß die Exploitationsrate mit dem Anstieg der Staatsausgaben schneller steigen muß als vorher, – sonst kann die allgemeine Profitrate nicht gehalten werden.

Als Konsequenz ergibt sich nun der folgende Mechanismus: Die privaten Ka-

pitalinvestitionen reichen nicht aus, um Vollbeschäftigung und soziale Stabilität zu gewährleisten. Die Regierung muß die Produktion für den Markt ergänzen durch ihre „nicht-produktiven“ Ausgaben, um die Flaute aufzufangen und die Arbeitslosigkeit zu vermindern. Das aber sind kapitalistische Kosten, die bereits eine latente Krisentendenz anzeigen, denn erhöhte Staatsausgaben müssen notwendigerweise durch Defizitfinanzierung und verstärkte Kreditaufnahme aufgebracht werden, was wiederum zur Inflation führt. Und zwar deswegen, weil die Staatsausgaben im allgemeinen „unproduktive“ Ausgaben sind, die die Kaufkraft steigern ohne eine entsprechende Zunahme der *profitorientierten* Produktion. Wir haben denselben Effekt wie den, wenn eine zu große Geldmasse nach zu wenigen Gütern jagt: die Warenpreise steigen und damit natürlich auch der Preis der Arbeitskraft, die schließlich ebenfalls eine Ware ist. Die unvermeidlichen Steuererhöhungen in diesem Stadium bedeuten dann, daß ein weiterer Anstieg der Nominallöhne folgen muß, damit die Reallöhne wenigstens auf dem alten Stand gehalten werden können. Die Tatsache, daß die Staatsausgaben vom privaten produzierten Mehrwert abgeschöpft werden, verlangt es, daß die Exploitationsrate in immer schnellerem Tempo wächst, damit ein realer Fall der Profitrate – und damit ein noch schnellerer Anstieg der Inflationsrate – vermieden wird. Der inflationäre Druck ist ein notwendiges, obgleich widersprüchliches Nebenprodukt des Versuchs, die Profitabilitätskrise zu meistern und die Tendenz der fallenden Profitrate aufzuhalten.

Es ist daher klar, daß es in einer kapitalistischen Wirtschaft für „unproduktive“ Ausgaben und sonstige staatlich induzierte Nachfrage Grenzen gibt. Wenn die Produktion im „nicht-produktiven“ Sektor der Wirtschaft schneller wächst als im „privaten“ Sektor, dann sinkt in entsprechender Weise die Produktion von Profit bzw. von Mehrwert im Verhältnis zur Gesamtproduktion rascher als zuvor. Ein immer kleiner werdender Grundstock von produktiven Arbeitern muß einen ständig steigenden Mehrwertanteil produzieren, wenn die Tendenz der fallenden Profitrate aufgehalten werden soll. Solange die Produktivkraft der Arbeit jeweils ausreichend um soviel erhöht werden kann, daß die allgemeine Profitrate erhalten wird und der nichtproduktive Sektor finanziert werden kann, sind die staatlich induzierten Ausgaben in der Tat die „Ursache“ für hohes Beschäftigungsniveau und soziale Stabilität. Aber dieser Prozeß ist selbstzerstörerisch: um die Kosten für den nicht-produktiven Sektor aufzubringen, muß der Ausbeutungsgrad der Arbeit ständig gesteigert werden. Dies wiederum bedeutet eine höhere organische Zusammensetzung des Kapitals und eine Abnahme der ausbeutbaren Arbeitskraft im Verhältnis zum wachsenden Kapital. Um den Zustand relativer Vollbeschäftigung unbegrenzt aufrechtzuerhalten, muß der nicht-produktive Sektor schneller expandieren als die Gesamtproduktion. Aber dies wiederum impliziert den langsamen aber sicheren Verfall der privaten Kapitalexpansion, der nur dadurch aufgehalten werden kann, daß die Expansion des nicht-produktiven Sektors wieder gestoppt wird.

Die zunehmende Konzentration und Zentralisation des Kapitals ist demnach eine wesentliche Voraussetzung für den Anstieg der gesellschaftlichen Produktivkraft der Arbeit. Die staatlich induzierte Produktion spielt in dieser Hinsicht eine fördernde Rolle, weil allein schon die Größenordnung von Staatsaufträgen zu einer

Umstrukturierung des Kapitals in der Privatindustrie führt. Es werden riesige Investitionen benötigt, um die notwendigen und von der Konkurrenz aufgezwungenen Verbesserungen in der Produktivkraft der Arbeit herbeizuführen, was ebenso notwendig zu einer enormen Expansion des Kreditwesens führt. Diese Kreditlawine fährt ab in der Erwartung zukünftiger Profitsteigerungen. Daraufhin ist es in letzter Zeit wiederholt zu Liquiditätsschwierigkeiten in den Reihen der großen Gesellschaften und – besonders in Großbritannien – der verstaatlichten Unternehmen gekommen. (Im Falle von Upper Clyde Shipbuilders handelte es sich allerdings um einen Engpaß im Betriebskapital, der mit zukünftigen Profiten wenig zu tun hatte.) Trotzdem müssen diese Investitionen auf immer höherer Stufenleiter fortgesetzt werden, wenn die für die Unterhaltung des privaten wie des staatlichen Sektors der Wirtschaft benötigte Mehrwertmasse weiter im entsprechenden Umfang produziert werden soll. Wenn dies nicht mehr der Fall ist, oder wenn die staatlich induzierten Ausgaben zu schnell wachsen und die entsprechend notwendige Umstrukturierung des Kapitals nicht mehr nachkommt, dann können wir erwarten, daß der Zustand der latenten Krise umschlägt in die Form der offenen Krise.

Die zunehmende Inflation in sämtlichen kapitalistischen Ländern ist ein Indiz dafür, wie weit die Entwicklung dieser Probleme bereits fortgeschritten ist. In Großbritannien hat sie dazu geführt, daß der Staat in zunehmendem Maße die Rolle des Schrittmachers für die Privatindustrie bei der Durchführung von Rationalisierungsmaßnahmen übernommen hat. Der große Kostenplan für die verstaatlichten Unternehmen enthält den einkalkulierten Verlust von Tausenden von Arbeitsplätzen, und gleichzeitig verteilt der Staat Prämien an Privatunternehmen, die denselben Weg gehen. Das politische Gegenstück dazu ist der direkte Versuch des Staates, mithilfe von staatlicher Einkommenspolitik, industrial relations acts und anderen Methoden die Arbeiterklasse unter Kontrolle zu halten. Ein „diszipliniertes“ Arbeitskräfteheer und kooperationsbereite Gewerkschaften werden als wesentliche Voraussetzung dafür angesehen, daß die für das Überleben des Kapitalismus unerlässlichen Rationalisierungsmaßnahmen und Profitsteigerungen herbeigeführt werden können. Die ständigen Versuche, die Gewerkschaften in den Staatsapparat zu integrieren, sind zentrales Moment dieser Strategie.

In diesem Kontext wird uns auch der Eintritt Großbritanniens in die EWG verständlich. Es ist alles andere als verblüffend, daß „britische Kapitalisten nach Eintritt in die EWG schreien“ (29). Es ist vielmehr unerlässlich für das britische Kapital, freien Zugang zu den Märkten Europas zu haben, wenn die für das Überleben des britischen Kapitalismus notwendig gewordenen Kapital-Umstrukturierungen und Rationalisierungsmaßnahmen erfolgreich durchgeführt werden sollen. Die Konkurrenz verschwindet nicht. Es gibt keine andere Wahl für den britischen Kapitalismus, als ein Teil Europas zu werden in einer Welt, die durch verschärftes Ringen der imperialistischen Mächte untereinander gekennzeichnet ist. Nur Europa kann hoffen, erfolgreich mit Japan und den USA auf dem neu aufgeteilten Weltmarkt zu konkurrieren. Nur die großen, wirklich leistungsfähigen Kapitalien können dabei überleben. Die EG stellt einen weiteren Versuch des Kapitalismus dar, die Barrieren,

die er ursprünglich selbst errichtet hat, einzureißen. Der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung findet seinen adäquaten Ausdruck in der totalen Unfähigkeit der kapitalistischen Länder Europas, der Expansion und Akkumulation des Kapitals auf nationaler Ebene den entsprechenden Rahmen zu gewährleisten. Die herrschende Klasse Großbritanniens hatte keine andere Wahl, als sich in den europäischen Rahmen zu integrieren und das Schicksal des europäischen Kapitalismus zu teilen.

#### IV. Die Krise des britischen Kapitalismus und die Profitabilitätskrise

In diesem Abschnitt wollen wir kurz skizzieren, wie im Falle Großbritanniens die Tatsachen unsere Analyse untermauern. Seit dem Verfall ihrer imperialistischen Vormachtstellung hinkt die britische Wirtschaft der Entwicklung der anderen großen Industrieländer hinterher. Sie ist dementsprechend in vorderster Front, was die Profitabilitätskrise betrifft. Der Beitritt zur EG und die gegenwärtige Offensive der Konservativen Partei gegen die Arbeiterklasse bedeuten, wie oben bereits gesagt, den aus verzweifelter Not geborenen Versuch der herrschenden Klasse, den gegenwärtigen Verfall aufzuhalten. Einer der Schlüsselfaktoren für den relativen Verfall des britischen Kapitalismus wird deutlich, wenn man sich in den im Vergleich zu anderen Ländern geringen Teil des Bruttosozialprodukts, der in Großbritannien zur Bildung von fixem Kapital reinvestiert wurde, ansieht:

*Tabelle 1 (30)*

Investitionen im prozentualen Verhältnis zum Bruttosozialprodukt

	Zeitraum 1960–1972
Japan	30–35%
BRD	23–27%
Frankreich	20–26%
Großbritannien	16–18%
USA (Staatsausgaben für Maschinen und Ausrüstung nicht berücksichtigt)	17–18%

Die Investitionen für technische Ausrüstung und Maschinerie betragen in Großbritannien nur etwa 2/5 der Gesamtinvestitionen, das sind etwa 7 % des Bruttosozialprodukts. Der Anteil des privaten Sektors an den Gesamtinvestitionen fiel von 58,5 % im Jahr 1962 auf 53,4 % im Jahr 1969, mit der entsprechenden Zunahme des Anteils des staatlichen Sektors (31). Da die meisten staatlichen Investitionen ‚unproduktiv‘ sind, ist dadurch der inflationäre Druck nur noch verstärkt worden.

Wenn wir uns dagegen die britischen Auslandsinvestitionen ansehen, erscheint ein völlig anderes Bild. Die Auswärtsbewegung von britischem Kapital war enorm. Zwischen 1962 und 1969 wuchsen die Direktinvestitionen im Ausland um

30 Diese Zahlen sind Annäherungswerte und stammen aus dem *ECONOMIST* vom 31. 3. 1973, *Survey on Japan*, S. 15

31 *Quelle: Politics and Money*, Vol. 2, No. 2, April/Mai 1971, S. 11

3,425 Mrd. Pfund (ca. 20 Mrd. Dm), die Anlagen in Wechseln und Wertpapieren um 2,5 Mrd. Pfund (ca. 15 Mrd. DM) und die Auslands-Außenstände des britischen Finanzkapitals um 12,575 Mrd. Pfund (ca. 75,5 Mrd. DM), letztes ein Indiz für die enorm wichtige Rolle der Londoner City in dem internationalen Finanzwesen. Obwohl auch umgekehrt die Investitionen des Auslands in Großbritannien nicht unbedeutend waren, waren doch die britischen Beteiligungen an Investitionen im Ausland nahezu um 70 % höher als ausländische Beteiligungen an Investitionen hier. Dieser Umstand trägt einiges bei zur Erklärung der britischen Zahlungsbilanz-Schwierigkeiten (32). Die Politik des „Rein in die Kartoffeln – raus aus den Kartoffeln“, wie sie von nachfolgenden britischen Regierungen bei ihren Versuchen der Lösung des Zahlungsbilanz-Problems vorgeführt wurde, trug nur dazu bei, den relativen Verfall des britischen Kapitalismus noch zu beschleunigen und führte für die ganze Periode zu einer äußerst geringen Wachstumsrate. Tabelle II zeigt das im internationalen Vergleich.

Tabelle 2 (33)

Wachstumsraten 1955–1968

	jährliche Zunahme des GDP*
Japan	9,7%
Frankreich (1959–68)	5,5%
BRD	5,0%
USA	3,9%
GB	2,8%

\* Bruttoinlandsprodukt

Angesichts dieses relativen Niedergangs des britischen Kapitalismus bei sich gleichzeitig verschärfender internationaler Konkurrenz wurde es notwendig, die Staatsausgaben kontinuierlich zu erhöhen, wenn man weiterhin Vollbeschäftigung behalten wollte. Hand in Hand damit stiegen sowohl die Steuern als auch die Inflationsrate. Bis hierher unterscheiden wir uns in der Einschätzung der strukturellen Hauptursachen für den Niedergang des britischen Kapitalismus nicht wesentlich von Glyn und Sutcliffe. Erst jenseits dieses Punktes werden die Unterschiede in der Analyse deutlich.

So schreiben Glyn und Sutcliffe etwa:

„Vom Abwertungsjahr 1968 einmal abgesehen, erklärt sich der schnellere Fall (des Profitanteils – share of profit, Verhältnis der Gesamtprofitsumme zum Gesamteinkommen, d. Übers.) zwischen 1964 und 1970 beinahe vollständig durch das Zusammentreffen von Lohnveränderungen und Preisveränderungen auf dem Weltmarkt, und dann vor allem dadurch, daß die gleichbleibend starke Tendenz in Richtung auf immer höhere Löhne angesichts der sich verschärfenden internationalen Konkurrenz umso stärker sich auf den Profitanteil niederschlug. Die Stagnation hatte damit wenig zu tun“ (34).

32 ebda., S. 7–8

33 OECD (Organization for Economic Co-operation and Development), The Growth of Output 1960–1980, 1970, S. 220, zitiert nach: Gamble und Walton: Late Capitalism in Crisis, Isaac Deutscher Memorial Lecture, Manuskript, S. 21

34 Glyn und Sutcliffe, a. a. O., S. 65

Die Stagnation hatte sehr wohl damit zu tun. Sie machte einen Anstieg der Staatsausgaben notwendig, ließ die Steuern hochgehen und bewirkte, daß der Anteil der Netto-Reallöhne und -gehälter (nach Abzug der Steuern) am Nationaleinkommen infolge der Inflation sank.

Dies zeigt die folgende Statistik:

*Tabelle 3 (35)*

Prozentualer Anteil am Bruttoinlandsprodukt

	1957	1960	1965	1968	1970
Gesamtsumme der Staatsausgaben	36,5	37,5	45,5	51,9	50,7
Gesamtsumme der Steuereinnahmen	32,6	32,2	35,3	41,2	45,0
Gesamtsumme der Sozialausgaben (Bildung/Erziehung, Gesundheitsdienst, Sozialfürsorge)	14,0	15,4	17,7	20,4	21,1

Nach 1968 beliefen sich die Staatsausgaben auf mehr als die Hälfte des Bruttoinlandsprodukts, und von diesen wiederum wurde der bei weitem größte Teil (etwa 42 %) für Sozialausgaben verwandt. Das Steueraufkommen stieg von 32,6 % des Bruttoinlandsprodukts im Jahre 1957 auf 45 % im Jahr 1970. Der Anteil der reinen Nettoeinkommen (Löhne und Gehälter) nach Abzug von Steuern, Versicherung etc. am Nationaleinkommen ist real gefallen.

*Tabelle 4 (36)*

Nettoeinkommen (Löhne und Gehälter) nach Abzug der Steuern, Versicherungen etc. prozentual zum Nationaleinkommen:

1957	60,0%	1968	55,9%
1960	58,8%	1970	56,4%
1965	57,4%	1971	55,9%

Die folgenden Zahlen über Bruttonominal-, Bruttoreal- und Nettoealeinkommen männlicher körperlicher Arbeit sind gleichfalls vielsagend:

*Tabelle 5 (37)*

Mittlere jährliche Wachstumsraten in %

	Bruttonominal- einkommen	Bruttoreal- einkommen	Nettoeal- einkommen
1956–60	5,0	2,9	2,1
1960–64	5,5	2,2	1,3
1964–68	6,6	2,5	0,5
1968–70	10,0	3,6	1,3

35 *Quelle:* National Income and Expenditure 1957–72, Central Statistical Office (CSO)

36 *Quelle:* Politics and Money, Vol. 4, No. 1, January–March 1973, S. 30

„Nationaleinkommen“ ist definiert als Bruttosozialprodukt minus Kapitalverschleiß (capital consumption).

37 *Quelle:* Jackson/Turner/Wilkinson: Do the Trade Unions Cause Inflation? Cambridge 1972, S. 66

Diese Zahlen zeigen, daß man jeweils genau sagen muß, was man meint, wenn man von einem Anstieg der Löhne bzw. von einem Anstieg des Lohnanteils am National-einkommen spricht (38). Wenn wir jetzt einen Blick werfen auf den Anstieg der Produktivität pro Beschäftigten über die gleiche Periode, so sehen wir, daß die Nettoeallöhne (nach Abzug der Steuern) in Großbritannien langsamer wuchsen als die Produktivitätsrate.

*Tabelle 6 (39)*

Zuwachs des Output pro Arbeitsstunde männlicher Arbeiter in %:

1955–60	2,7	1968–69	2,6
1960–64	3,2	1969–70	4,2
1962–67	3,7	1970–71	5,4
		1967–71	3,9

Seit 1962 betrug die jährliche Rate des Produktivitätsanstiegs im Durchschnitt 3,8 %. Andererseits stiegen aber die Nettoealeinkommen der männlichen körperlich Arbeitenden in derselben Periode im Schnitt nur um 1,3% im Jahr, und die sämtlicher Beschäftigten um ungefähr 2 %.

Die Inflationsraten für die gleiche Periode können in folgender Tabelle nachgelesen werden:

*Tabelle 7 (40)*

Jährlicher Durchschnittspreisanstieg der Verbraucherpreise:

1956–62	2,0
1962–69	3,7
1969–71	7,9

Die Arbeitslosenquote war zwischen 1954 und 1964 verhältnismäßig niedrig, in der Spannweite von ein bis zwei Prozent, aber seit 1966 war die absolute Zahl niemals unter einer halben Million, und 1972 war sie bereits auf über eine Million angewachsen (beinahe vier Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung) (41).

Was alle diese Zahlen zeigen, ist folgendes:

Seit Mitte der fünfziger Jahre stiegen die Staatsausgaben (42), erhöhten sich die

- 38 Die entsprechenden Zahlen bezogen auf sämtliche Beschäftigten zeigen einen höheren Anstieg des Nettoealeinkommens. (1964–68: 1,2 %; 1968–70: 3,4 %) Dies ist ein Anstieg, der noch einmal um nahezu 1/3 höher liegt, als der entsprechende Anstieg für die körperlich Arbeitenden. Der Unterschied rührt von dem Preisindex her, der der Berechnung zugrundeliegt. Der Index für die körperlich Arbeitenden spiegelt die Verbrauchskosten der Lohnempfänger wider, von denen die Ausgaben für Lebensmittel und Wohnen einen relativ großen Anteil ausmachen.  
Vgl. ebda., S. 67
- 39 F. W. Paish: The Prospects for Increasing Output, in: Lloyds Bank Review, January 1973, Nr. 107, S. 1
- 40 Jackson/Turner/Wilkinson, a. a. O., S. 122
- 41 Glyn und Sutcliffe, a. a. O., S. 178
- 42 An dieser Stelle sei bemerkt, daß, obwohl ein beträchtlicher Anteil der Staatsausgaben Sozialausgaben sind, diese dennoch als Teil des Bruttoprofits angesehen werden müssen. Variables Kapital sind allein die Nettoeallöhne der produktiven Arbeiter. Der Rest ist anzusehen als Kosten, die das Privatkapital für soziale Stabilität etc. zu bezahlen hat. Da

Steuern, nahm die Arbeitsproduktivität zu, verstärkte sich die Inflation, wuchs die Arbeitslosigkeit und wurde das Nationaleinkommen zum Nachteil der Lohn- und Gehaltsempfänger umverteilt (letzteres berechnet nach Nettorealeinkommen). All diesem zum Trotz setzte die Profitabilitätskrise sich fort. Glyn und Sutcliffe belegen das durch Zahlen, aus denen hervorgeht, daß die Profitrate (vor Abzug der Steuern) von 16,5 % in den Jahren 1950–54 auf 9,7 % im Jahre 1970 fiel, und die Rate nach Abzug der Steuern von 7,1 % im Jahr 1964 auf 4,1 % im Jahr 1970 (43). Obwohl diese Zahlen nicht zu verwechseln sind mit dem, was Marx unter der Profitrate versteht, drücken sie dennoch die allgemeine Tendenz aus. Es sind also keineswegs die zu hohen Löhne, die der gegenwärtigen Profitabilitätskrise zugrundeliegen, sondern die Ursache ist ein zu geringer Anstieg der Arbeitsproduktivität, um profitabel den privaten und ständig sich ausdehnenden staatlichen Sektor zu finanzieren. Weiterhin lassen unsere Zahlen den Schluß zu, daß die organische Zusammensetzung des Kapitals und die Exploitationsrate der Arbeitskraft zugenommen haben. Die Zunahme der organischen Zusammensetzung des Kapitals läßt sich daran erkennen, daß der Zwang, die Staatsausgaben zu erhöhen, um dadurch etwas von der durch Produktivkrafterhöhung freigewordenen Arbeitskraft abzuschöpfen, ständig gewachsen ist. Trotzdem nahm die Arbeitslosigkeit weiter zu. Der Anstieg der Exploitationsrate läßt sich ersehen aus der Produktivitätszunahme, dem Wachstum des staatlichen bzw. „nicht-produktiven“ Sektors und am Fall des Nettoreal-lohn-Anteils am nationalen Einkommen. Die Profitabilitätskrise (44) resultiert also mitnichten aus zu hohen Löhnen, sondern ist vielmehr das vorläufige Ergebnis der Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise selbst, deren Ausdruck eben die Tendenz der fallenden Profitrate ist. Diese Tendenz erscheint gegenwärtig in Gestalt von zunehmenden Staatsausgaben, im Trend zu wachsender Arbeitslosigkeit und im Anstieg der Inflationsrate.

Als die Konservative Partei an die Macht kam (1970, d. Übers.), versprach sie, die „Preise mit einem Schlag zu senken“. Ihre Strategie war, die Staatsausgaben zu kürzen und das gesamte Steueraufkommen zu senken. Ihr Ziel war, in einem Prozeß „erzwungener“ Rationalisierungen auf Kosten der Arbeiterklasse die Beschäftigtenzahl in der britischen Industrie zu verdünnen. Sie mußte ziemlich bald auf ihre Kosten die Erfahrung machen, daß die Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise keineswegs auf einen Schlag beseitigt werden können. Die Konservative Regierung, die angetreten war, den öffentlichen Haushalt zu beschneiden, gibt mittlerweile für jedes Pfund Sterling, das sie im Oktober 1970 aus dem Staatshaushalt gestrichen hatte, die Summe von 1,67 Pfund Sterling aus. Darüberhinaus zählt sie derartige Auslagen aus bereits produziertem Mehrwert (Steuern etc.) bestritten werden, tragen sie zur Akkumulation des gesellschaftlichen Gesamtkapitals und damit zur Bildung von Mehrwert vom Standpunkt der Gesellschaft aus nicht bei. Sie sind Unkosten *des Kapitals*, selbst wenn davon Arbeitslose und andere den Nutzen haben.

43 Glyn und Sutcliffe, a. a. O., S. 66

44 Im Postscriptum zu diesem Buch geben die Autoren zu, daß in letzter Zeit „ein Teil des Anstiegs der Profitabilität aus dem beträchtlichen Anstieg der Produktivität (6 % im Jahr 1971) stamme, der ein Resultat aus der Entlassungswelle der letzten Zeit gewesen sei“. Glyn und Sutcliffe, a. a. O., S. 217 Der jüngste Anstieg der Profitrate (im von Glyn und Sutcliffe definierten Sinne) ist eindeutig eine Folge des Produktivitätszuwachses.



für jedes Pfund Industriesubventionen, das die Labour-Partei in ihrem letzten Regierungsjahr ausgeschüttet hatte, mittlerweile 1,30 Pfund. Allein an direkten Subventionen für die Schiffsbauindustrie zahlten die Konservativen im letzten Jahr mehr, als die Labour-Party in ihrem letzten Regierungsjahr an sämtliche Industriezweige zusammen über ihre nunmehr funktionslose Industrial Reorganization Corporation verteilt hatte (45). Zu all dem wurde die Konservative Regierung gezwungen, da die zunehmende Arbeitslosigkeit im Verein mit der Inflation die soziale Stabilität gefährdete.

Die Steuersenkungen, die die Konservativen verfügt hatten, führten allein dazu, daß die Regierung mehr Kredite aufnehmen mußte, um den Anstieg der Staatsausgaben zu finanzieren. Die Gesamtsumme des Kredits, den die Regierung von April 1972 bis April 1973 aufnehmen mußte, belief sich auf 1,810 Mrd. Pfund (ca. 10,8 Mrd. DM), – etwas niedriger als erwartet – und für den Zeitraum von April 73 bis April 74 gehen die Schätzungen auf die wahrhaft gigantische Summe von 4,423 Mrd. Pfund (ca. 26,5 Mrd. DM) (46). Ein derartiger Kreditbedarf hat natürlich einen unheimlichen Zinsanstieg zur Folge, was die ganze Situation nur noch verschlimmert, da dadurch die Kosten für private Investitionen und für kommunale Projekte als auch z. B. die Hypotheken für den privaten Hauskauf etc. enorm in die Höhe getrieben werden, was den allgemeinen Preisdruck nur noch verstärkt. Sicherlich wird nur ein Teil dieser Kredite durch entsprechende Sparaufkommen gedeckt sein, sodaß die umlaufende Geldmenge erhöht werden und die Bank selber das Geld vorschießen muß, was wiederum den Inflationsdruck weiter zunehmen läßt. Gegenwärtig liegt die jährliche Zuwachsrate der umlaufenden Geldmenge in der Größenordnung um 30 %. Und schließlich führt der durch die Inflation angeheizte Boom in den übrigen kapitalistischen Ländern zu erhöhter Nachfrage nach Produkten der Grundstoffindustrien und Rohstoffen, und läßt sie im Preis steigen. Für Großbritannien, ein Land, das überwiegend auf den Import dieser Produkte angewiesen ist, bedeutet das einen Faktor mehr zur Anheizung des inflationären Drucks. Nachdem die Regierung durch die unerwartete Antwort der Arbeiterklasse auf ihre ursprüngliche Politik (so bei den Auseinandersetzungen um Upper Clyd Shipbuilders und beim Bergarbeiterstreik) zu einer Änderung dieser Politik gezwungen worden war, richtete sie ihre Strategie nun auf die Einkommenspolitik. Sowohl der Lohnstop wie die Stufe 2 ihrer Anti-Inflationspolitik waren gezielte Versuche des britischen Kapitals, die Profitabilität auf Kosten der Arbeiterklasse wiederzugewinnen. Ziel der Operation war, ein für das Privatkapital freundliches Investitionsklima zu schaffen, in dem es sich in der Weise restrukturieren konnte, daß es sich innerhalb der EG hätte halten können. Die jüngste Entwicklung hat die Tendenzen, die wir angedeutet haben, nur bestätigt. Lohnstop und Einkommenspolitik haben eine weitere Einkommensumverteilung zuungunsten der Lohn- und Gehaltsempfänger bewirkt. Die Reallöhne sind faktisch bereits seit geraumer Zeit infolge der weglaufenden Preise im Fallen begriffen, vornehmlich aufgrund des Preisanstiegs für Lebensmittel

45 Economist, 7. April 1973, S. 11

46 Vgl.: Politics and Money, Vol. 4, No. 1, a. a. O., S. 10 und Economist vom 12. 5. 73, S. 65

und Wohnen. Durch ihre Kostenplanung für die verstaatlichten Unternehmen trägt die Regierung noch auf indirekte Weise zur Wiedergewinnung der Profitabilität bei.

Während der ganzen Periode, die wir in unserer Analyse betrachtet haben, hat der Staat unmittelbar versucht, zum einen den Schrittmacher für die Privatindustrie in Sachen Rationalisierung zu spielen, zum andern aber auch derselben Privatindustrie die von ihr benötigten Grundproduktionsmittel zu „vernünftigen“ Preisen bereitzustellen. Zeichen dafür sind die Massenentlassungen bei den verstaatlichten Unternehmen, die trotz eines damit verbundenen enormen Kostenaufwands durchgeführt werden. Die jüngsten Kostenpläne für die (verstaatlichte) Kohle- und Stahlindustrie bedeuten nur die Fortsetzung des allgemeinen Trends. Für die Reorganisation der Stahlindustrie ist im neuen Kostenplan die gewaltige Summe von 3 Mrd. Pfund (ca. 18 Mrd. DM) angeschlagen, was am Ende ungefähr 50 000 Arbeitern den Arbeitsplatz kosten wird; ähnliche Arbeitsplatz-Einsparungen sollen auch im Kohlebergbau durchgeführt werden. All dies sind Versuche, die Arbeiterklasse für Probleme, die der kapitalistischen Produktionsweise inhärent sind, bezahlen zu lassen. Der Preisstopp für Produkte der verstaatlichten Unternehmen hatte für fast alle von ihnen riesige Defizite zur Folge. Sie werden gegenwärtig pro Jahr durch die hübsche Summe von 1/2 Mrd. Pfund (3 Mrd. DM) subsidiert (47). All dies, zusammen mit den für Neuinvestitionen in diesen Unternehmen notwendigen weiteren Kreditaufnahmen, läßt die Inflationswelle mehr und mehr anschwellen. Es ist auch nicht überraschend, daß bereits nach den ersten Anzeichen für einen Expansionsaufschwung in der Wirtschaft sogleich Kürzungen der Staatsausgaben vorgesehen wurden.

Es gibt in der Tat keinen besseren Hinweis für die Widersprüche der kapitalistischen Produktion als die Tatsache, daß es trotz der höchsten jährlichen Wachstumsrate, seit dem Krieg und eines neunprozentigen Produktivitätsanstiegs in der verarbeitenden Industrie, über 600 000 Arbeitslose gibt und die Reallöhne der Arbeiterklasse ständig sinken (48). Wenn man noch den sich auftürmenden Berg der

47 Vgl.: Economist vom 5. 5. 73, S. 73–74

48 Vgl.: Economist vom 5. 5. 73, S. 73 und vom 12. 5. 73, S. 65 Die TIMES vom 22. 2. 73 berichtet, daß bereits im Dezember 72 das Durchschnittseinkommen für körperlich Arbeitende leicht gefallen sei. Während der Einzelhandels-Preisindex von Oktober 72 bis März 73 um 3,4 % anstieg (und um 4,7 % bis April 73), stieg der Durchschnittsgrundlohn pro Stunde im selben Zeitraum nur um 1,3 %. Die Durchschnittseinkommen stiegen von Oktober 72 bis Februar 73 um 2,1 %. (Vgl.: Labour Research Bulletin, Vol. 62, No. 6, Juni 1973, S. 143.) Der ECONOMIST (vom 26. 5. 1973, S. 67) bestätigt das. In den ersten sechs Monaten seit Inkrafttreten des Lohn- und Preisstops stiegen die Einzelhandelspreise um 4,7 %, während die Durchschnittseinkommen bis März nur um 3 % gestiegen sind. Das muß man vergleichen mit dem Jahr davor, in dem aufgrund der allgemeinen Steuersenkungen ein Anstieg der Nettorealeinkommen zu verzeichnen war. Allerdings kamen eine Menge Arbeiter überhaupt nicht in den Genuß dieser Einkommensverbesserung, da der Zeitpunkt ihrer turnusmäßigen Lohnerhöhungen erst nach dem Stichtag des Inkrafttretens des Lohn- und Preisstops fällig war. In einem kürzlich veröffentlichten Beitrag nimmt Andrew Glyn an, daß im Jahre 1972 eine etwa siebenprozentige Steigerung des Lebensstandards stattgefunden hat, wohingegen er für das Jahr 1973 einen Fall des Lebensstandards der Arbeiter um etwa 1–2 % für wahrscheinlich hält (CSE Bulletin, Frühjahr 1973, S. 52). Es ist noch zu früh, die Bedeutung dieses Umschlages einzuschät-

Zahlungsbilanzprobleme mitbedenkt, dann ist auch letztlich die Bestimmung dieses inflationsbedingten Mini-Booms keine andere als die, die latenten Krisenfaktoren nur noch zu verstärken. Die Überlebens-*conditio sine qua non* fürs Kapital ist die Erhöhung der Exploitationsrate. Ob dies gelingt, hängt davon ab, wie die Arbeiterklasse auf diese Herausforderung reagiert.

## V. Strategie für die Arbeiterklasse

Die jüngste Entwicklung der Klassenkämpfe hat eines gelehrt: Wenn die Reaktion der Arbeiterklasse auf die gegen sie gestartete Offensive in Richtung auf einen Kampf gegen das System der kapitalistischen Produktion überhaupt gewendet werden soll, dann ist es leider mit der „Militanz“ allein nicht getan (49). Militanz allein nutzt überhaupt nichts, solange die Basis des Ökonomismus nicht verlassen wird, – denn der ökonomistische Kampf, wie die Gewerkschaften ihn führen, teilt mit der herrschenden Klasse dieselben ideologischen Voraussetzungen. Dies genau muß bekämpft werden und zwar *politisch*. Was diesen Punkt betrifft, so ist es keineswegs überraschend, daß die fehlerhafte Analyse in „British Capitalism, Workers and the Profit Squeeze“ der Arbeiterklasse außer dem Aufruf zu verstärkter Militanz nichts weiter anzubieten hat als mögliche Marschrichtung.

Wir haben gezeigt, daß die Arbeiterklasse in keiner Weise für die Inflation verantwortlich ist. Im Gegenteil, im Verein mit den Steuererhöhungen (50) hat die Inflation vielmehr eine Umverteilung des Nationaleinkommens – gemessen am Nettoeinkommen – zuungunsten der Arbeiterklasse bewirkt. Eine Forderung, die in einer solchen Situation wirklich relevant wäre und allgemein gestellt werden sollte, wäre die nach einer „Lohngleitskala, die durch Hausfrauen- und Gewerkschaftskomitees zu regulieren wäre“. Eine solche Forderung würde praktisch hinauslaufen auf automatische Anpassung des Lohnniveaus an die gesteigerten Lebenshaltungskosten auf der Basis von Indices, die von Hausfrauen und Gewerkschaftlern gemeinsam zu erstellen wären. Dies würde nicht nur sicherstellen, daß die Arbeiterklasse nicht für die Inflation aufkommen muß, sondern wäre gleichzeitig ein erster Schritt dahin, die Frage der „Mitbestimmung“ in konkreter Weise zu stellen. Es würde bedeuten, daß die Arbeiterklasse selbst entscheidet, und zwar mittels ihrer eigenen Vertreter, die real mit den Problemen der steigenden Lebenshaltungskosten konfrontiert sind, was überhaupt ein Anstieg der Lebenshaltungskosten für die Arbeiterklasse ist und was nicht. Dadurch wären auch die Frauen der Arbeiter unmittelbar am Klassen-

zen, doch der allgemeine Trend ist klar: Anstieg der Produktivität der Arbeit weit über den Anstieg der Reallöhne hinaus.

49 An dieser Stelle sei angemerkt, daß auch, was die „Militanz“ betrifft – sofern Streikstatistiken dafür einen zuverlässigen Index abgeben – die britische Arbeiterklasse durchaus keine Ausnahmeerscheinung ist.

Vgl.: Anthony Barnett: *Heath, the Unions and the State*, in: *New Left Review*, No. 77, S. 24 ff.

50 Faktisch sind für die Arbeiterklasse auch die Einkommensgrenzen für die jeweiligen Steuerklassen herabgesetzt worden, weil die Steuerfreibeträge nicht entsprechend der Inflationsrate erhöht worden sind.

kampf beteiligt. Und des weiteren impliziert eine solche Forderung, daß die Aufgaben solcher Komitees schließlich auf die ständige Preisüberwachung ausgedehnt werden. Das könnte dazu führen, daß Untersuchungen darüber angestellt werden, wie und warum Preissteigerungen auftreten. Solche Untersuchungen würden zeigen, daß die eigentliche Quelle für die Preissteigerungen in der kapitalistischen Produktionsanarchie zu suchen ist. Von diesem Ergebnis her wäre einsichtig zu machen, daß der einzige Ausweg für die Arbeiterklasse darin besteht, eine Gesellschaft zu errichten, in der der Verbraucher nicht mehr dem ständigen Kampf um die nackte Existenz, den eine solche Anarchie ihm diktiert, ausgesetzt ist.

Es ist klar, daß eine solche institutionalisierte Lohngleitskala in keiner Weise den Kampf um die Erhöhung des Lebensstandards der Arbeiter überflüssig macht (wie z. B. die Forderung nach 10 „pro Woche Lohnerhöhung bei Ford etc.), sondern sie wäre eine *zusätzliche* Absicherung dagegen, daß so gewonnene Lohnerhöhungen von der Inflation gleich wieder aufgefressen werden. Eine solche Forderung darf auch nicht verwechselt werden mit den sogenannten „threshold agreements“, die bestimmte Lohnerhöhungen erst nach Preisanstiegen über einen gesetzten Punkt hinaus (z. B. 5 %) zulassen, wobei die Berechnung des Preisanstiegs nach einem von der Regierung aufgestellten Index erfolgt. Derartige „Abkommen“ dürfen die Arbeiterklasse nicht darüber hinwegtäuschen, daß ihr doch die Hauptlast bei den ständigen Preisanstiegen aufgebürdet wird. Solange, wie die Schlacht allein an der Lohnfront geführt wird, kann die Arbeiterklasse nicht gewinnen. Ganz gleich, wie militant der Kampf geführt wird: noch immer wird jede noch so erhebliche Lohnerhöhung in Windeseile von der Inflation aufgefressen.

Dessen ungeachtet würde die Durchsetzung der Forderung nach einer Lohngleitskala gegenüber den Kapitalisten gleichbedeutend sein mit entschiedenstem Klassenkampf, der – um erfolgreich zu sein – die Einbeziehung und aktive Teilnahme eines Großteils der Klasse zur Voraussetzung hätte. Denn die Durchsetzung dieser Forderung wäre von Seiten der Kapitalistenklasse ein Zugeständnis, das diese nur als allerletzte Zuflucht zu machen bereit wäre. Denn worum es hier geht, ist nicht weniger als der Kampf um die *Kontrolle*, darum, daß die Arbeiterklasse die Kontrolle über die Kapitalisten ausübt, um sie daran zu hindern, die Wirtschaft so zu führen, wie es ihnen paßt. Es wäre ferner die konkrete Umsetzung der Tatsache, daß die Arbeiterklasse nicht bereit ist, für die immanenten Probleme des Kapitalismus die Verantwortung zu tragen. Was die Arbeiterklasse will, sind Stabilität und steigender Lebensstandard, und die Krise des Kapitals schert sie einen Dreck.

Wir haben gezeigt, wie die Kooperation und die Integrierung der Gewerkschaftsführer in den Staatsapparat für den Kapitalismus in der gegenwärtigen Krise unerläßlich ist. Der Industrial Relations Act, die Einkommenspolitik sowie die „Dreiecksgespräche“ zwischen Regierung, TUC (Trades Union Congress, die britische Dachorganisation der Gewerkschaften) und CBI (Confederation of British Industries, die britische Arbeitgebervereinigung, d. Übers.) – sie alle sind Bestandteile und Erscheinungsformen dieses Prozesses. Sie stellen den Versuch des Kapitalismus dar, seine Probleme auf Kosten und – wenn's geht – auch mit dem Einverständnis der Arbeiterklasse zu lösen. Der Staat ist keine „neutrale“ Institution,

sondern vertritt eindeutig – wie die gegenwärtige Krise auch wieder gezeigt hat – die Interessen der herrschenden Klasse. In der Epoche des Monopolkapitalismus können die Gewerkschaften sich nicht mehr aus der Politik heraushalten oder die entscheidende Rolle des Staates ignorieren. Aus diesem Grund wäre die wichtigste politische Forderung gegenüber den Gewerkschaften zum gegenwärtigen Zeitpunkt: „Vollständige und bedingungslose Unabhängigkeit der Gewerkschaften vom kapitalistischen Staat“. Allein auf der Grundlage einer Strategie, die diese Forderung zu ihrem Bestandteil hat, können die Gewerkschaften verwandelt werden in Kampfmittel, die im Interesse der sozialistischen Revolution verwandt werden können.

Im Licht dieser Perspektive gewann die Forderung nach innergewerkschaftlicher Demokratie ihren politischen Stellenwert. Es ist ja nicht so, daß die Gewerkschaftsführer sich in Gespräche mit der Regierung und Arbeitgebern einlassen, weil sie ihre Privilegien gegenüber den einfachen Gewerkschaftsmitgliedern aufrechterhalten wollen. Eher umgekehrt: wenn sie aufrechterhalten wollen ihre auf reformistischen Vorstellungen beruhenden politischen Beziehungen mit der Kapitalistenklasse, dann müssen sie die demokratische Freiheit der Masse der Gewerkschaftsmitglieder beschränken.

Denn dieselben militanten Gewerkschaftler auf Betriebsebene, die oft durch die reformistischen Illusionen der Gewerkschaftsbürokratie teilen, werden durch die materiellen Bedingungen ihrer Lebensumstände objektiv dazu gezwungen, Streikpostenstellungen zu beziehen und Fabriken zu besetzen. Ihr objektives Tun, besonders in bezug auf die zunehmenden Fabrikbesetzungen, wirft praktisch – wenn auch noch nicht bewußt – die Frage nach dem Privateigentum an den Produktionsmitteln überhaupt auf. Dieser Form des Klassenkampfes strenge Grenzen zu ziehen, ist daher für die reformistische Gewerkschaftsführung eine politische Notwendigkeit.

Die Erhöhung der gesellschaftlichen Produktivkraft der Arbeit ist für das britische Kapital unerläßliche Bedingung, wenn es im Rahmen der EG überleben soll. Der Staat selbst hat in den verstaatlichten Unternehmen den Rationalisierungsprozeß bereits eingeleitet, und es bestehen bereits ausgearbeitete Pläne oder Planvorschläge für Investitionsprogramme, die auch auf anderen Sektoren der Wirtschaft umfangreiche Reduzierungen der Beschäftigtenzahl vorsehen. Jüngstes Beispiel dafür ist der Schiffsbau (51). Die Forderung, die wirklich ernsthaft das Problem der Rationalisierungen angehen kann, wäre: „Arbeit oder vollen Lohnausgleich“. Auch diese Forderung würde darauf bestehen, daß die Lösung der Probleme der herrschenden Klasse, von welcher Art diese auch immer seien, nicht auf Kosten der Arbeiterklasse herbeigeführt werden darf. Diese Forderung ist natürlich *nicht* zu verstehen als *Alternative* zu den militanten Klassenkämpfen auf Betriebsebene, wie z. B. Besetzungen. Sie ist vielmehr ein Element, das von den Revolutionären in die Arena der Klassenkämpfe auf Betriebsebene eingeführt werden sollte.

51 Vgl. den Artikel von *John Fryer* in der SUNDAY TIMES vom 20. Mai 1973.

Die mögliche Zahl der Entlassungen liegt zwischen 23 000 und 11 000 Beschäftigten, je nach der Höhe der Subventionen, die für die Branche lockergemacht werden kann.

Die Forderung „Arbeit oder vollen Lohnausgleich“ kann der Einzelkapitalist nicht erfüllen. In dem Maße, in dem die Notwendigkeit einer solchen Forderung festverwurzelter Bestandteil des Denkens der Arbeiterklasse wird, stellt sich in zunehmender Dringlichkeit die Frage nach der Form, in der die Forderung erfüllt werden kann. Dadurch wird der Blick auf die Kapitalistenklasse als ganze gerichtet und auf den Staat als deren Agentur, als diejenigen, die die Erfüllung dieser Forderung in ihrer Hand haben; die Aufmerksamkeit der Arbeiterklasse wird auf die wahre Natur des Feindes gelenkt: der Feind ist die Klasse, die die Staatsmacht zu ihrer eigenen gemacht hat. Es dürfte nicht schwierig sein, der Arbeiterklasse klarzumachen, daß jede Gesellschaftsform, die überhaupt nur den Namen verdient, in der Lage sein müßte, eine solche Minimalforderung zu erfüllen. Und wenn *ihre* Gesellschaftsform das nicht fertigbringt, ein sozialistischer Staat würde es fertigbringen.

Indem wir eine solche Forderung aufstellen, deuten wir an, daß wir keineswegs gegen eine effiziente Organisation der Produktion an sich sind, ebenso wenig, wie wir gegen Maschinen an sich sind, – aber wir sind gegen die *Wirkungen*, die Rationalisierungen unter dem System des Kapitalismus mitsichbringen. Die Frage ist: wer hat den Nutzen von Rationalisierungen? Warum führt der Anstieg der gesellschaftlichen Produktivkraft der Arbeit zu Entlassungen und nicht zu einer allgemeinen Verminderung der Arbeitszeit, also zu mehr Freizeit für alle, usw.? Eine solche Forderung gestattet es, die Alternative einer *geplanten* Produktion von Gebrauchswerten aufzuwerfen und zu diskutieren. Allein Forderungen dieser Art sind es, die den Klassenkampf in Richtung auf einen politischen Kampf um das System der Produktion selbst weitertragen können (52).

Unser Ziel in dieser ausführlichen Rezension war, zu zeigen, daß eine marxistische Analyse des Kapitalismus wichtige Implikationen für den Klassenkampf enthält. Wenn wir in der Kritik von Glyns und Sutcliffes Buch kein Blatt vor den Mund genommen haben, so deswegen, weil die Autoren selbst sich ein so ernstzunehmendes Ziel gesetzt haben. Ihr Buch hat ein großes Verdienst: Es hat die Diskussion um die Krise des Kapitalismus zu einem wesentlichen Bestandteil der Suche nach einer sozialistischen politischen Strategie gemacht. Die Daten und die Informationen, die sie in ihrem Buch zusammengetragen haben, sind unerläßliche Hilfsmittel künftiger Arbeit. Wenn diese Rezension dazu beiträgt, die Diskussion über ihre zentralen Thesen voranzutreiben, werden sie den polemischen Charakter unseres Artikels nicht nur nachsehen, sondern begrüßen. Dies ist jedenfalls unsere Hoffnung.

(Übersetzung: Frank Unger)

52 Einen Großteil der Ideen und Vorstellungen, die ich in dem Abschnitt über eine Strategie für die Arbeiterklasse vorgetragen habe, verdanke ich den Anregungen, die ich in Diskussionen mit *Tony Polan* über dieses Thema erhalten habe. Einiges ist unmittelbar einem unveröffentlichten Aufsatz von ihm entnommen.